

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

23.10.1924 (No. 248)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 2513

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. v. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Vorgänge in den Parteien

Was wir zurzeit im Bereiche der „bürgerlichen“ Parteien erleben, ist im wesentlichen nichts anderes, als eine Rückkehr zu den Parteiformaten, wie sie vor der Revolution bestanden. Die Deutschdemokratische Partei stößt die Männer ihres rechten Flügels, d. h. in der Hauptsache Persönlichkeiten, die früher auf dem Boden der Nationalliberalen Partei standen, ab und wird je mehr und mehr mit der alten Fortschrittspartei identisch. Die abgestoßenen Elemente schließen sich der Deutschen Volkspartei an, die so zu einer ziemlich gradlinigen Fortsetzung der alten Nationalliberalen Partei wird.

Früher gab es zwischen Nationalliberalen und Konservativen noch die Freikonservativen (Deutsche Reichspartei). Da sie heute fehlen — die kleine Gruppe Marekys ist kein vollgültiger Ersatz — befindet sich die Grenze zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen in einem Zustand ständiger Oszillation. Oft sind es lediglich persönliche und gefühlsmäßige Momente, die es entscheiden, ob der betreffende Wähler oder Abgeordnete sich zu den Deutschnationalen oder zu dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei rechnet.

Es ist noch gar nicht so lange her, da hat man in einem Teil der deutschvolksparteilichen und der deutschdemokratischen Presse ganz ernsthaft die Frage einer Verschmelzung der beiden Parteien erörtert. Heute stehen sie sich in schroffer Ablehnung gegenüber. Und es ist ganz richtig, wenn gesagt wird, daß der Wahlkampf gerade durch diesen Gegensatz sein besonderes Charakteristikum erhalten wird.

Daß eine Partei den in bedeutender Stunde vollzogenen Austritt von hervorragenden Mitgliedern nicht gerne sieht, ist selbstverständlich. Aber hier im Falle der Deutschdemokratischen Partei scheinen die Dinge doch ein besonderes Gesicht zu haben. Es wird nämlich von deutschdemokratischer Seite versichert, daß die Herren, die jetzt mit so viel Aplomb und ohne jede vorherige Benachrichtigung an ihre Partei aus dieser ausgeschieden sind, ohnehin nicht mehr auf die Kandidatenliste gekommen wären, weil ihre politischen Anschauungen mit denen der Fraktionsmehrheit, der Parteileitung und ihrer eigenen Wahlkreisorganisationen durchaus nicht mehr übereinstimmten. Die Parteileitung beruft sich darauf, daß von den Wahlkreisorganisationen selbst ihre Politik durchaus gebilligt werde. Übrigens sind die beiden Reichstagsabgeordneten Schiffer und Reinath früher Mitglieder der Nationalliberalen Partei gewesen, in welcher sie eine führende Rolle spielten. Der Austritt der bayerischen Reichstagsabgeordneten der Deutschdemokratischen Partei, also vor allem Gehler, ist inzwischen demontiert worden.

Letzten Endes werden ja die Wähler am 7. Dezember bekunden, ob die Haltung der Deutschdemokratischen Partei wahltaktisch die richtige war oder nicht. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Stellungnahme einer Partei politisch und moralisch durchaus richtig, wahltaktisch aber gefährlich sein kann. Gerade in Deutschland gehört es einmal zu den Eigentümlichkeiten des Parteilebens, daß die vernünftige und wohlüberlegte Haltung einer Partei bei den Wählern oft genug durch das Abschweifen von Wählern quittiert wird.

Sehen wir uns die Deutschnationalen an, so haben sie in den letzten Jahren von einer Haltung profitiert, die wir psychologisch als schädlich bezeichnen müßten. Vor kurzem, als es so schien, als ob sie diese Haltung revidieren wollten, warf sich sofort die Frage auf, ob sie wahltaktisch damit hingehandelt haben. Nun, die Auflösung des Reichstags hat diese ganze Entwicklung jäh unterbrochen. Und in ihrem Wahlauftritt kehrt die Deutschdemokratische Volkspartei jedenfalls zu ihrer früheren Politik zurück. Das geschieht in so pronomizierter Form, daß sogar die Deutsche Volkspartei — man lese die diesbezüglichen Ausführungen der „Zeit“ — entsetzt darüber ist. Denn in diesem Wahlauftritt werden alle alten Schlagworte wiederholt: Kampf der sogenannten „Erfüllungspolitik“, Kampf dem Parlamentarismus, der übrigens bei uns in Deutschland nicht etwa eine Sache der Sitten und Gebräuche, sondern eine Institution des Staats- und Verfassungsrechts ist, Ablehnung der Weimarer Verfassung und Proklamation des monarchistischen Gedankens. Man wird es verstehen können, daß der Deutschen Volkspartei, die bei aller wirtschafts- und sozialpolitischen Einigkeit nach rechts doch im Ganzen an einer Politik der Mitte festhalten möchte, dieser Wahlauftritt wenig gelegen kommt. Aber die Deutschnationalen werden wohl wissen, warum sie jetzt wieder derartige Töne anschlagen; sie glauben offenbar, mit diesen Tönen bessere Wahlergebnisse zu machen.

Der Auftakt des Wahlkampfes

Die Auflegung der Stimmlisten

W.B. Berlin, 22. Okt. Der Reichsminister des Innern bestimmt, daß Stimmlisten und Stimmkreise für die Reichstagswahlen vom 10. November bis einschließlich 23. November aufzulegen sind. Näheres über Ort und Zeit der Auflegung wird noch bekannt gegeben. Einsprüche gegen die Stimmlisten müssen bis Ablauf der Auflegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur, wer in die Stimmlisten eingetragen ist, oder bei Abwesenheit vom Wohnort am Wahltag den Stimmschein sich rechtzeitig ausstellen läßt.

Auch die Hefenwahlen am 7. Dezember

Der heftige Landtag hat beschlossen, die Neuwahlen zum heftigen Landtag auf den Tag der Reichstagswahlen zu legen. Die Wahlen finden also nicht am 16. November, sondern am 7. Dezember statt.

Aus den Parteien

Die Deutsche Demokratische Partei erklärt einen von ihren Vorstandsmitgliedern Koch, Erkelens und Fischer unterzeichneten Aufruf, in dem sie zu dem außerordentlichen Parteitag, der am 1. November in Berlin stattfinden soll, einlädt. Die Tagung soll sich auf den 1. und 2. November erstrecken. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Die Gegner der deutschen Demokratie glauben frohlocken zu können, weil im Zusammenhang mit den politischen Entscheidungen dieser Tage einige Umbrödelungen in der demokratischen Partei stattgefunden haben. Wir wollen zeigen, daß die deutsche Demokratie nicht tot ist, sondern lebendig wirkt und schafft, erfüllt von dem Willen, die demokratische Idee zu einer Wahrheit unseres staatsbürgerlichen Lebens zu machen. Die Demokratie ist härter als je. In einer wichtigen Rundgebung wollen wir zeigen, daß die demokratische Partei einig geschlossen und festschüssig ist.“ Für Sonntag, den 2. November ist eine öffentliche Massenversammlung in künstlerischer Umrahmung geplant. Grundthema: Deutscher Geist — Demokratischer Wille.

Wie das „D. Z.“ und die „Voss. Ztg.“ erfahren, erklärte der demokratische Reichswehrminister Gehler in einer Besprechung mit der demokratischen Parteileitung, daß von einem Austritt aus der demokratischen Partei nicht die Rede sein könne. Auch der bayerische Weg Sparrer ließ gleichfalls keinen Zweifel darüber, daß er in der Partei verbleiben werde.

Wie die Berliner Blätter melden, traten am Mittwoch die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die Mitglieder des Parteiaussschusses zu einer Konferenz im Reichstagsgebäude zusammen. Hermann Müller erstattete über die geschäftlichen Verhandlungen Bericht. Nach kurzer Aussprache billigten die Fraktion und der Parteiaussschuß einstimmig die Haltung des Vorstandes. — Der Parteivorstand wird den Wahlauftritt in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Wie die „Germania“ mitteilt, wird der Reichsparteitag der Zentrumspartei nicht, wie ursprünglich geplant, in Frankfurt a. M., sondern in Berlin im preussischen Landtagsgebäude vom 26. Oktober ab stattfinden. Referenten werden sein: Reichsminister Marx und Reichsminister a. D. Hörenbach. Am Dienstag, 28. Oktober wird Generalsekretär Brand-Münster über das Thema „Die bevorstehenden Wahlen“ sprechen. Dienstag nachmittag und eventl. Mittwoch vormittag ist preussischer Landesparteitag.

Die bisherige Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Mittwoch in Berlin eine Sitzung ab, wozu auch die Mitglieder der volksparteilichen Fraktion des Landtages hinzugezogen waren. Von der Bekanntgabe des Ergebnisses der Sitzung wurde Abstand genommen. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, billigten die Fraktionsmitglieder die politische Führung durch die Parteileitung einstimmig.

Die Deutschnationalen Volkspartei hat für Montag den Parteivorstand, die Mitglieder der bisherigen Reichstagsfraktion, die Mitglieder der Landtagsfraktion und die Vorsitzenden der Landesverbände zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen, in der die Kandidatenliste besprochen werden soll. — Laut „D. A. Z.“ soll ferner in dieser Sitzung der eigentliche Wahlauftritt abgefaßt werden. Der jüngst veröffentlichte Aufruf, der übrigens von der Zeit wegen des darin ausgesprochenen Gegenstandes zu der Politik der Deutschnationalen Partei in den letzten Wochen einer scharfen Kritik unterzogen wird — ist — wie die „D. A. Z.“ hört — nicht als ein Wahlauftritt, sondern als eine abschließende Äußerung zur Auflösung des Reichstages zu werten.

Wie die „Zeit“ mitteilt, ist nach einer Erklärung des volksparteilichen Führers Scholz die ihm von einem römischen Blatt in den Mund gelegte Äußerung, daß die Deutsche Volkspartei mit den Deutschnationalen wahrscheinlich bei der Reichstagswahl gemeinsame Sache machen werde, frei erfunden. Die Deutsche Volkspartei werde, wie die „Zeit“ erzählt, den Wahlkampf in voller Selbstständigkeit aufnehmen.

Wie die Nationalliberalen Korrespondenz mitteilt, hat der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei beschlossen, einen Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei nach Dortmund einzuberufen. Als Termin hierfür wurde der 16. November bestimmt.

Professor Hoersch nimmt heute vom Leserkreis der „Kreuzzeitung“, in der seit 10 Jahren seine Wochenscheine veröffentlichte, Abschied. Während er sich für die Annahme des Londoner Postes eingestellt habe und sich auch weiter einsehen werde, habe die Schriftleitung des Blattes weiter an ihrem absehbaren Standpunkt festgehalten. Diese beiden grundsätzlich verschiedenen Einstellungen nebeneinander in einer

Zeitung seien auf die Dauer unmöglich. Aus diesem Grunde hätten er und der Verlag in gegenseitiger Übereinstimmung das Mitarbeiterverhältnis gelöst.

Die Wirtschaftliche Vereinigung beschloß in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Gruppen, der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, des Bayerischen Bauernbundes und der Deutsch-Bavogoveraner, daß diese drei Gruppen den Wahlkampf wiederum auf gemeinsamer Plattform mit einheitlicher Reichsliste führen.

Wie die „Mündener Allg. Ztg.“ erfährt, beruht die Meldung des „Frankfurter Kurier“, wonach die Absicht bestehe, eine Wahlgemeinschaft zwischen den Deutschnationalen, Nationalliberalen, Deutscher Volkspartei und Bayerischer Volkspartei zu bilden, auf freier Erfindung.

Die vaterländischen Verbände haben, wie aus Berlin gemeldet wird, einen Wahlauftritt erlassen, der mit der Aufforderung schließt: „Nie wieder Sozialdemokratie.“

Die Inangsetzung des Dawesplanes

Die Räumung von Dortmund-Hörde

W.B. Dortmund, 22. Oktober. Gegen Mittag waren Stadt- und Landkreis Dortmund-Hörde von französischer Truppen frei. Der Abzug hat sich überall reibungslos vollzogen. In der Stadt ist er fast unmerklich vor sich gegangen. Auf dem Dienstgebäude des Reichskommissariats, worin die Franzosen ihre Kommandantur errichtet hatten, weht heute wieder die schwarz-rot-goldene Flagge.

Anlässlich der Befreiung stellte der Magistrat 25 000 Mark zur Unterstützung für kinderreiche, bedürftige Familien zur Verfügung.

Bei einem großen Teil der Bevölkerung des unbefreiten Gebietes hauptsächlich im östlichen Deutschland ist die Meinung verbreitet, daß nach dem Abziehen der Besatzungstruppen in Dortmund günstige Gelegenheit zur Erlangung von Arbeit und Unterkunft vorhanden sei. Diese Meinung ist durchaus irrig. Der Zufluss von Wohnungs- und Arbeitslosen nach Dortmund ist äußerst stark. Im Dortmund der Aht für Obdachlose sind durchschnittlich allnächtlich 200 Personen und zwar sowohl alleinlebende Personen, als auch Familien mit Kindern untergebracht. Es kann daher nicht dringend genug darauf gewarnt werden, nach Dortmund zu ziehen, ohne feste Arbeit und Wohngelegenheit erhalten zu haben.

Weitere Räumungen

W.B. Elberfeld, 22. Oktober. Heute wurden das Gebiet von Bohwinkel, Remscheid, Wipperfurth und Münderoth, sowie die Gebietsstreifen nordöstlich und östlich der Grenze des Brückenkopfes Köln geräumt. Aus Remscheid zogen die Truppen in der Frühe ab. Die Truppen von Bohwinkel fuhren mit der Bahn nach Koblenz. Einige französische Eisenbahner blieben zurück, die jedoch im Laufe des Tages abziehen werden.

W.B. Limburg, 22. Oktober. Heute nachmittag räumten die Franzosen die Stadt Limburg endgültig. Irgeendwelche Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

W.B. Paris, 23. Oktober. Wie „Habas“ aus Mainz berichtet, ist, nachdem die Häfen Mannheim und ferner Karlsruhe, Remscheid, Bohwinkel und Limburg, sowie die Häfen Emmerich und Wesel geräumt wurden, die 40. Division, die am Rhein stand, nach Frankreich zurückgezogen worden. Sie wird ersetzt durch die 38. Division, die aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen wird.

Berlin, 22. Oktober. Das „Tagblatt“ meldet aus Dortmund, daß außer General Degoutte und seinem Generalstabschef Denny noch eine Reihe weiterer französischer Offiziere, die der Wirtschaftsabteilung der Rheinarmee angehören, nach Frankreich zurückversetzt worden seien und auch in der französischen Verwaltung des besetzten Gebietes, wo bereits mehrere Verlegungen erfolgt sind, in der aller nächsten Zeit weitere Veränderungen stattfinden sollen.

W.B. Duisburg, 22. Oktober. Die Hauptkammern in Duisburg-Ruhrort, das Zollamt in Gamborn und sämtliche Zollabfertigungsstellen in den Ruhrhäfen sind der deutschen Verwaltung übergeben worden.

Glückwünsche

Der Reichspräsident richtete anlässlich der Räumung des Gebietes von Dortmund-Hörde an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, ebenso an die Bevölkerung der geräumten Teile der Rheinprovinz durch Telegramme an den Oberpräsidenten dieser Provinzen und an die Bewohner des geräumten badischen Gebietes durch ein Telegramm an den badischen Staatspräsidenten Glückwünsche unter dankbarer Anerkennung ihrer treuen und festen Haltung während der Zeit der Besetzung.

Der Reichspräsident sandte an den Oberbürgermeister der Provinz Hessen-Rhassau folgendes Telegramm: Der Bevölkerung der Teile der Provinz Hessen-Rhassau, die jetzt von fremder Besatzung freigeworden sind, entbiete ich namens des Reiches herzlichen Gruß und zugleich den aufrichtigen Dank für ihr treues und würdevolles Aushalten in der Zeit der fremden Militärherrschaft. Möge das befreite Gebiet in nunmehr ungehörter Wirtschaft die Schäden der letzten Monate heilen und einen baldigen Aufstieg erleben.

Reichsminister Dr. Marx hat an den Oberbürgermeister Hartmann in Remscheid folgendes Telegramm geschickt:

Die militärische Räumung von Remscheid und der benachbarten Landesteile gibt mir Veranlassung, Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und der Bevölkerung für dieses nunmehr in Ausführung der Londoner Abmachungen von der Besetzung befreite Gebiet meine aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen. Ich verbinde damit meinen und der Reichsregierung aufrichtigen Dank für die treue entsagungsvolle Haltung, mit der alle Beteiligten im Interesse unseres gesamten Volkes die Lasten der jetzt hinter ihnen liegenden schweren Zeit auf sich genommen haben. gez. Marx, Reichsminister.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Hoffe, sandte an den Oberbürgermeister von Dortmund, Eichhoff, folgendes Telegramm: „In dem heutigen Tage, wo die Besatzungstruppen in Durchführung der Londoner Vereinbarungen Dortmund und andere Teile des besetzten Gebietes geräumt haben, rufe ich der Stadt Dortmund und den übrigen geräumten Gebieten die herzlichsten Glückwünsche zu und danke ihnen gleichzeitig für die in den schweren Jahren bewiesene vaterländische Gesinnung.“

Politische Neuigkeiten

Der bayerische Landtag

Wurde am heutigen Donnerstag vormittag in Anwesenheit des Gesamtstaatsministeriums (mit Ausnahme des nach Berlin gereisten Landwirtschaftsministers) vom Landtagspräsidenten Königbauer eröffnet, der der Räumung der neubesetzten Gebiete, der Rückkehr der Ausgewiesenen und der Flüssigmachung der Kapitalien der Auslandsanleihe gedachte, aus denen die Hoffnung geschöpft werden könne, daß die deutsche Wirtschaft sich wieder erholen werde. Auch die Fahrt des Zeppelin über den Ozean habe diese Hoffnung bestärkt.

Der kommunistische Abgeordnete Schlaffer brachte zur Geschäftsordnung zwei kommunistische Anträge ein betreffend Gewährung der Wahlfreiheit für die Kommunisten und Freilassung der Schutzgefangenen. Die Anträge wurden unter lebhafter Unruhe der Kommunisten abgelehnt.

Darauf legte Finanzminister Dr. Krausnick den Doppeletat für 1924/25 vor und erklärte dabei: Es ist der Regierung gelungen, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Der ordentliche Etat schließt für 1924 mit rund 644 Millionen, für 1925 mit rund 662 Millionen in Einnahmen und Ausgaben ab. Der außerordentliche Etat bilanziert für 1924 mit 16 790 000 M., für 1925 mit 3 460 000 M. — In seiner Rede wies der Minister darauf hin, daß der Abbau in Bayern infolge der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes gegenüber anderen Ländern hart gehemmt worden ist und zurzeit nur etwas über 7 Prozent der am 1. Oktober 1923 vorhandenen Beamten beträgt. Die Finanzlage fordere aber einen weiteren Abbau und eine Vereinfachung der Organisation der Staatsbehörden. — Bei der Erörterung der Betriebsausgaben wies der Minister auf den außerordentlich großen Schaden für den Forstetat durch die widerrechtliche Beschlagnahme der Pfälzer Waldungen seitens der Franzosen hin. Es sei selbstverständlich, daß diese Schäden vom Reich als Reparationsleistungen zu behandeln und zu ersetzen seien. Der Forstetat erbringe eine Reineinnahme von etwa 38 Millionen Mark für 1925. Der Haushalt der Berg-, Hütten- und Salzwerke erbringe eine Ablieferung von 200 000 Goldmark jährlich. Die Staatswerke hätten eine schwere Krise durchgemacht. Die Verhandlungen über die Überführung der Staatsbetriebe in privatwirtschaftliche Formen seien abgeschlossen und würden dem Landtag dieser Tage zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Parische Staatsbank habe aus der schweren Inflationskrise ohne Einbuße an Kredit und Lebensenergie herausgeführt werden können.

Der Minister wies weiter auf die außerordentlichen Fortschritte beim Wachsenwert, der Rüttelern der Werte, des Bayern- und des Zinnwerks hin, die nach und nach das nötige Kapital ansammeln sollen.

Nach einer Erörterung des Haushalts der direkten Steuern kam der Minister eingehend auf die künftige Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu sprechen und betonte, daß die Selbstverantwortlichkeit der einzelnen Steuerländer wieder eingeführt werden müßte. Eine schematische Gleichmacherei widerstreite den Grundsätzen einer vernünftigen Steuer- und Haushaltspolitik. Auch die Finanzverwaltung sei den Ländern wieder zu übertragen. Im außerordentlichen Haushalt sind aufgeführt 7 Millionen Mark für Wasserbauten im Donauebiet und fast 4 Millionen Mark für Bauten der Rhein-, Main- und Donau-A.G. Weitere 8 1/2 Millionen Mark sind als Betriebskapital des Staates vorgesehen.

Im zweiten Teil seiner Rede kam der Minister eingehend auf die allgemeine Finanz- und Wirtschaftslage, die Ursachen der Inflation, der Kapital- und Kreditnot und auf die Wege zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft zu sprechen. Zur Aufwertungsfrage erklärte er, auch angesichts der sittlichen Pflicht des Staates und der öffentlichen Körperschaften, die Papiermarktschulden für alle Zukunft von sich abzuschütteln, dürfe man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Hoffnungen der Gläubiger auch nur in bescheidenem Maße in absehbarer Zeit erfüllt werden könnten. Wer eine weitergehende Forderung vertrete, müsse auch den Weg zur Beschaffung der Deckungsmittel zeigen. Den Flug des „J. N. III“ über den Ozean habe vielen Herzen die Hoffnung wiedergegeben, daß das deutsche Volk nicht untergehen könne. Der Minister schloß mit dem Rufe: Möchten sich alle vereinen zur Zusammenarbeit! Das Vaterland über Alles!

Die Plenarsitzung soll nach den Mitteilungen des Finanzministers verlagert und erst am 4. November wieder aufgenommen werden. Am 4. November soll das Plenum das Gemeindefähigkeitsgesetz in Beratung nehmen, so daß damit gerechnet werden kann, daß die Gemeindefähigen in Bayern gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 7. Dezember abgehalten werden können.

Der Prozeß gegen die Organisation Consul

Vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zu Leipzig begann, wie bereits gemeldet, am Mittwoch der Prozeß gegen den der ehemaligen Organisation Consul angehörenden Hoffmann und Genossen. Die 24 Angeklagten sind fast ausnahmslos Offiziere, meist kaufmännische Angestellte. Namens der Angeklagten teilte Rechtsanwalt Dr. Lüdger mit, daß diese ihre Bedenken hinsichtlich der Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zurückstellen, dagegen müßten sie die Teilnahme von Wiffel und Brandes an Stelle der beiden ausgeschiedenen ordentlichen Mitglieder des süddeutschen Senats prozessual rügen. Durch Gerichtsbescheid werden die Rügen zurückgewiesen.

Darauf beginnt die Vernehmung des Angeklagten Hoffmanns, früherer Kapitänleutnant. Er bestreitet, daß die nach Auflösung der Brigade Ehrhardt gegründeten drei Vereinigungen der ehemaligen Sturmabteilungen der vormaligen Ehrhardtbrigade und der ehemaligen Angehörigen der 2. und 3. Marinebrigade eine Fortsetzung der Ehrhardtbrigade sein

sollten. Vorsitzender des Vereins ehemaliger Sturmabteilungen war von Klinger, Vorsitzender des Bundes ehemaliger Offiziere der Angeklagte Hoffmann selbst. Der Bund war für die Beschaffung von Unterkommen für Mitglieder bestrebt. Bevor der Angeklagte auf die Vorgänge in Oberschlesien und die Gründung der Organisation Consul einging, bittet er, seine Ausführungen in nicht öffentlicher Sitzung fortsetzen zu dürfen. Rechtsanwalt Niedhammer betont, daß die Öffentlichkeit das größte Interesse daran habe, daß die Wahrheit ans Licht komme, die so ganz anders sei, als sie bisher in der Presse geschildert sei. Trotzdem stimme er der Bitte Hoffmanns zu, worauf das Gericht die Ausschließung der Öffentlichkeit beschloß.

Nach der Mittagspause ging die Verhandlung in öffentlicher Sitzung weiter. In der weiteren Verhandlung erklärte der Angeklagte Hoffmann, daß er nach seiner Verhaftung und der Beschlagnahme der Akten die O. C. als zusammengebrochen betrachtet habe. Auch der Angeklagte Wiegand erklärte, daß nach der Verhaftung der Führer die O. C. nicht mehr bestanden habe. Nach der Verlesung einiger Briefe durch den Vorsitzenden zum Beweise des Gegenteils erklärte Hoffmann, an einzelnen Orten hätten vielleicht die Kameraden einen Zusammenhalt erstrebt. Doch habe er mit diesen Dingen nichts zu tun gehabt. Hoffmann schilderte alsdann die Gründung des neuen „Deutschen Bundes“, der jedoch nicht dazu dienen sollte, die Beziehungen zur O. C. wieder anzuknüpfen. Auch an der Zeitschrift „Wiking“ sei er nicht beteiligt gewesen. Die Verhandlung wurde auf den kommenden Donnerstag vormittag vertagt.

Gausfuchungen bei Kommunisten in Berlin

Bei Gausfuchungen, die bei den kommunistischen Reichstagsabg. Höllein, Kemmele und Grönewitz in Berlin vorgenommen wurden, wurde viel Material vorgefunden, das ohne Zweifel aus der kürzlich ausgehobenen Passfälscherwerkstätte in Neu-Kölln stammt. Bei Kemmele fand die Polizei mehrere falsche Pässe vor, darunter einen, den der Abgeordnete bereits bei Reisen durch die Schweiz benutzt hat. Kemmele, wie auch die übrigen von der Kriminalpolizei gesuchte kommunistische Abgeordnete sind noch flüchtig.

DZ. Stuttgart, 23. Okt. Gestern früh wurden die Medaltreue der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“, Maslowski und Opiß, aus dem Bett heraus verhaftet. Maslowski war Mitglied des nunmehr aufgelösten Reichstages.

Securiteite Kommunisten. Vor dem großen Schöffengericht in Offenbach wurde am Dienstag gegen 11 Kommunisten aus Frankfurt a. M. und Spremlingen verhandelt, die im Februar württembergische Kommunisten im Werke von Handgranaten unterwiesen. Bei der Übung explodierte eine Handgranate zu früh und schlug dem Kommunisten Ludwig Herr, der die Übung leitete, die rechte Hand ab. Herr wurde zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und andere der Angeklagten zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.

Städte u. Aufwertung der Sparfassen Guthaben

Wir erhalten folgende Zuschrift von zuständiger Seite, die wir als juristische Ausführungen wiedergeben:

In der Presse und in Vorträgen ist in den letzten Monaten vielfach die Ansicht vertreten worden, daß die Gemeinden zur Aufwertung der Sparfassen einlagen aus ihren Vermögensbeständen oder Steuererhöhungen ohne besondere Schwierigkeiten Opfer bringen könnten und hierzu auch auf Grund ihrer Bürgerschaft verpflichtet wären. Eine solche Einstellung zu dieser Frage wird weder ihrer rechtlichen noch materiellen Seite gerecht. Es erscheint daher geboten, zur Vermeidung von Mißverständnissen und Enttäuschungen die tatsächliche Lage einmal kurz zu beleuchten.

Die Bürgerschaft der Gemeinden für die Sicherheit der Sparfassen einlagen bezieht sich auf Verluste, die durch die Geschäftsführung der Sparfassen entstehen. Die bürgerlichen Gemeinden haben also beispielsweise einzustehen für Verluste infolge nicht genügend sicherer Anlage der Gelder oder Amtspflichtverletzungen der Sparfassenbeamten. Diese Bürgerschaft kann jedoch keinesfalls Maß greifen, wenn das Reich, wie dies in dem vorliegenden Falle geschieht, ist, das deutsche Zahlungsmittel zunächst durch eine ungeheure Inflation entwertet, wenn die Gerichte die Gläubiger zwingen, entwertete Papiere gleich Goldmark anzunehmen, und wenn schließlich das Reich, nachdem die Gerichte das in dieser Entwicklung liegende Unrecht eingesehen, die Entwertung aller Guthaben der Sparfassen an Hypotheken, Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen zu einer endgültigen Tatsache macht. Die Mittel zur Aufwertung der Sparfassen einlagen müssen zu Lasten derjenigen aufgebracht werden, die den Nutzen aus der Entwertung der Vermögenssubstanz der Sparfassen gezogen haben, also in erster Linie der Hypothekenspekulanten, sei es nun, weil die Hypotheken nur mit einem kleinen Bruchteil ihres Goldwertes zurückbezahlt worden sind oder nach der 3. Steuernotverordnung nur zu einem kleinen Bruchteil ihres Goldwertes aufzuwerten sind. Das gleiche gilt für diejenigen Stellen, deren entwertete Anleihen sich in den Beständen der Sparfassen befinden. Ohne eine grundsätzlich gerechte, in dieser Richtung bewegende Lösung ist eine angemessene Aufwertung der Sparfassen einlagen nicht möglich.

Es sei bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen, daß an dem sogenannten Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken nach Maßgabe der §§ 28 ff. der 3. Steuernotverordnung das Land teilnimmt und der Geldentwertungsausgleich bei unbebauten Grundstücken nach Maßgabe der §§ 33 ff. der 3. Steuernotverordnung sogar dem Land allein zugute kommt. Schon aus dieser Tatsache wäre zum mindesten zu folgern, daß auch das Land, das aus dem Wegfall der Hypotheken zum Nachteil der Sparfassen einleger steuerlich Nutzen zieht, sich entsprechend an der Aufwertung beteiligt. Eine Aufwertung der Einlagen nur aus städtischen Steuermitteln oder dem Vermögen der bürgerlichen Gemeinden würde die ganze Last der Aufwertung den Städten aufbürden, während die Vorteile der Schuldentlastung sich auf das ganze Land verteilen, und die darauf gegründeten steuerlichen Einnahmen ebenfalls wieder der gesamten Bevölkerung zugute kommen. So sehr man eine baldige Wiedergutmachung des schweren Unrechts wünschen muß, das gerade in der Schädigung der Sparfassen und ihrer Einkünfte zugunsten vielfach viel leistungsfähigerer Kreise der Bevölkerung liegt, so kann aus diesen Gründen eine Aufwertung der Sparfassen einlagen aus den steuerlichen Einnahmen oder dem Vermögen der Städte nicht in Frage kommen.

Die deutsch-polnische Grenzkommission

tagte am Samstagabend zum letzten Male in Paris. Dabei wurde die Auflösung der Kommission ausgesprochen. Das Abkommen wurde von deutscher Seite von Major Gehl, von polnischer Seite durch Legationsrat Scemmel, im Namen Englands von dem Obersten Weger und im Namen Italiens durch den Obersten Tomini unterzeichnet. Die Niederschrift des japanischen Vertreters fehlt, da er bereits im vorigen Monat ausgetreten ist. Vorsitzender der Kommission war der Vertreter Frankreichs, Oberst Gardan. Die Länge der durch die Kommission festgelegten Grenze beträgt 400 Kilometer.

Die deutsch-dänischen Schulverhandlungen

W.B. Kopenhagen, 22. Okt. Die informativsten Berichtigungen über die Schulverhältnisse beiderseits der deutschen und dänischen Grenze, die am 14. Oktober begonnen haben, sind am 22. Oktober abgeschlossen worden. Sie haben zur Klärung der Lage auf beiden Seiten wesentlich beigetragen. Die Delegationen nahmen gegenseitig je ein Referat entgegen, das die für die Volksschule und die höheren Schulen beiderseits der Grenze bestehenden rechts- und verwaltungsmäßigen Bestimmungen betraf. Daran knüpften sich Erörterungen betreffend einer großen Reihe verschiedener für das Schulwesen beiderseits der Grenze wesentlichen Themen; insbesondere wurde die Frage der Voraussetzungen für die Errichtung öffentlicher und privater Minderheitsschulen, die Beteiligung der Eltern am inneren Leben und an der Verwaltung dieser Schulen, die Gestaltung des höheren und mittleren Schulwesens und die Lehrerfortbildung und Lehreranstellung behandelt. Die Verhandlungen waren von dem Wunsch getragen, auf diesem für die beiden Nachbarvölker so wichtigen Gebiete zu befriedigenden Verhältnissen zu gelangen. Eine Fortsetzung in Berlin ist in Aussicht genommen. Die Delegationen werden ihren Regierungen in diesem Sinne berichten.

Die Nichtauslieferung des Erzbergermörders

W.B. Budapest, 22. Oktober. In der Nationalversammlung erklärte der Justizminister Bethy, die ungarische Polizei ergreift sofort ihre Maßnahmen, als sie von dem Aufenthalt Schulz-Försters Kenntnis erhält. Die Regierung ließ sich bei ihrer Entscheidung in nichts von außen beeinflussen, sondern ließ sich nur von ungarischen Gesetz und internationalen Recht leiten. Als Ungarn die Auslieferung des Hauptmanns Czernak verlangte, wurde ihm dies verweigert, da die Strafhandlung als eine politische bezichnet wurde. Auch die Ermordung Erzbergers sei in der Presse überall als politisches Verbrechen aufgefaßt worden. Der Minister betonte ferner auf den Fall Leitner-Risari und des Bischofs von Debreczin, dessen Auslieferung unter gleicher Begründung Frankreich einst verweigerte. Die Regierung habe daher nicht anders handeln können.

Der griechisch-türkische Konflikt

W.B. Genf, 22. Oktober. Die griechische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes heute Abend eine Note ausgestellt, in der darum ersucht wird, daß der Völkerbundrat sich in seiner außerordentlichen Brüsseler Tagung vom 27. Oktober auch mit der Frage der Ausweisung der Griechen aus Konstantinopel befassen möge und zwar auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundesstatuts, der einen Appell an den Rat bei Ereignissen vorsieht, die die internationalen Beziehungen und insoweit den Frieden stören können. Die griechische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Ausweisungen der Griechen aus Konstantinopel den Bestimmungen des Lausanner Abkommens über den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch widersprechen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat dem Ersuchen der griechischen Regierung entsprechend die Frage auf die vorläufige Tagesordnung der außerordentlichen Versammlung vom 27. Oktober gesetzt. Die endgültige Entscheidung darüber, ob diese Frage vor dem Rat zur Debatte kommen soll, steht allerdings dem Rat selbst zu.

Beisehung Dr. Fabers in Magdeburg. Unter lebhafter Beteiligung der Magdeburger Bevölkerung und unter Teilnahme von Vertretern der Presse und Behörden fand die feierliche Beisehung des Herausgebers der „Magdeburger Zeitung“ und Ehrenpräsidenten d. Vereins deutscher Zeitungsbereiter, Faber, statt. Rector Kirsner würdigte die Verdienste des Verstorbenen und hob insbesondere seine Tätigkeit für die deutsche Presse, die für ihn nicht anderes als eine moralische Anstalt war, gebachte seiner Verdienste um dieselbe, während der schweren Kriegs- und Nachkriegszeit. Kommerzienrat Krumhaar vom Verein Deutscher Zeitungsbereiter gedachte des Verstorbenen, der Führer und Freund und wahrhaft deutschen Sinnes gewesen sei, dessen Vermächtnis getreu geschützt werde. Der Vertreter der Deutschen Missionshilfe gedachte der unermüdbaren Tätigkeit Fabers für die Sache der Missionshilfe.

Die Wiener Nationalsozialisten für Hitler. Eine von den Wiener Nationalsozialisten einberufene Protestversammlung gegen die Aberkennung der Staatsbürgerrechte Hitlers nahm eine Entschiedenheit an, in der die Entrüstung über das Vorgehen der österreichischen Regierung ausgedrückt und von der Regierung gefordert wird, daß sie Hitler die Staatsbürgerrechte wieder zurückgibt. Darauf formierten sich die Versammlungsteilnehmer zu einem Zuge. Der Aufforderung, ihre Fahnenkreuzfahrten einzuziehen, leisteten sie Widerstand und gingen mit Säcken auf die Polizeibeamten los und entziffen ihnen mit Gewalt die verhafteten Personen. Es gelang der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen und die Ruhe wieder herzustellen.

Kurze Nachrichten

Das neue Arbeitszeitgesetz. Der Reichsarbeitsminister hat für die Bearbeitung der Arbeitszeitfrage einen besonderen Ausschuss eingesetzt. Laut „Berliner Tageblatt“ verfuhr dieser Ausschuss zunächst, den § 7 der Arbeitszeitverordnung zu formulieren. Es handelt sich hier insbesondere um die Feststellung der Verufe, für die der Achtfundentag ausnahmslos im künftigen Arbeitszeitgesetz gefordert werden soll. Inzwischen schreiten im Reichsarbeitsministerium, wie die Wälder hören, unbeflügelt durch die Reichs-agsauflösung die Arbeiten zur Neugestaltung eines neuen Arbeitszeitgesetzes fort.

Näkrit des Bremer Senats. Der Bremer Senat ließ gestern der Bürgerschaft die Mitteilung zugehen, daß er, nachdem die Bürgerschaft dem Senat das Vertrauen entzogen habe, zurücktritt. Er ersucht die Bürgerschaft, innerhalb der gesetzlichen Frist Neuwahlen vorzunehmen. Bis zur Wahl des neuen Senats wird der alte Senat die Geschäfte weiter führen.

Der schweizerische Anteil an der deutschen Reparationsanleihe ist nach den bisherigen Mitteilungen wesentlich überzogen. Das Ausland beteiligte sich mit bedeutenden Beträgen.

Die englische Marine und die Wahlen. Laut „Daily Mail“ erließ die Regierung gestern einen Befehl an alle Offiziere und Mannschaften der britischen Flotte, der ihnen die aktive Beteiligung an den Wahlen verbietet. Das Wort protestieren gegen diesen Eingriff in die persönliche Freiheit.

Finanz-Mathematik (Zinsszinsen, Anleihe- und Kurs-Rechnung). Von Dr. Karl Fetzold, Technische Hochschule Wien. (W. G. Teubner, Leipzig.) — Sowohl der Geschäftsmann, wie der Laie als auch der Mathematiker wird es sicher begrüßen, von einem hochkundigen in so anschaulich fördernder Weise in die kaufmännische und wirtschaftliche Seite der „Finanz-Mathematik“ eingeführt zu werden. Auch der Lehrling des mathematischen Unterrichts durch volkswirtschaftliche Aufgaben wird das Wändchen zugute kommen.

Badischer Teil

Zur Räumung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe

hat die badische Regierung folgendes Glückwunschtelegramm des Reichspräsidenten erhalten:

„In der nunmehr erfolgten Befreiung badischen Landes von der fremden Besatzung spreche ich der Regierung und dem Volke Badens meine herzlichsten Glückwünsche aus. Mit Dankbarkeit und Anerkennung blicke ich auf die aufrechte und würdige Haltung der Bevölkerung der besetzten Landesteile, die trotz großer Leiden und harten Drucks während dieser Zeit schwerer Prüfung die Treue zum Reich bewahrt und der Welt die Unlösbarkeit des Zusammenhangs aller Deutschen gezeigt hat. Möge es bald gelingen, die Schäden, die der fremde Einbruch dem wirtschaftlichen Leben des badischen Landes geschlagen hat, zu heilen.“

Reichspräsident Ebert.

Staatspräsident Dr. Köhler hat dem Reichspräsidenten den Dank des Landes in folgendem Antwortelegramm übermittelt:

An Reichspräsident Ebert, Berlin.

„Hocherfreut über die warmen Worte des Dankes und der Anerkennung der Haltung der badischen Bevölkerung während der Besetzung danke ich namens der Regierung und des Volkes für die freundlichen Glückwünsche. In Baden, das nach wie vor stets treu zum Volksganzen steht, wird die tatkräftige Unterstützung des Reiches in schweren Tagen unvergessen sein.“

Staatspräsident Dr. Köhler.

Der Reichskanzler sandte an den badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler nachfolgendes Telegramm: „Nachdem die beiden Häfen Karlsruhe und Mannheim bereits durch den Wegfall der Binnenschiffahrt von den schwersten wirtschaftlichen Fesseln befreit waren, sind auch die Besatzungstruppen gemäß den Londoner Vereinbarungen zurückgezogen worden. Namens der Reichsregierung spreche ich Ihnen, Herr Staatspräsident, meine aufrichtigsten Glückwünsche hierzu aus, die ich auch den beiden Städten zu übermitteln bitte. Möge die Befreiung von der Besetzung den Anfang zu einem neuen Aufschwung in der Entwicklung dieser für das Land und die Rheinischschiffahrt so wichtigen Häfen und Hafenanlagen bedeuten.“

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Hesse, sandte dem badischen Staatspräsidenten in Karlsruhe folgendes Telegramm:

„Anlässlich der Räumung der Häfen von Karlsruhe und Mannheim spreche ich der badischen Staatsregierung und den beteiligten Städten die herzlichsten Glückwünsche aus. Ich hoffe, daß das Wirtschaftsleben nach dem Wegfall der Besatzungen bald wieder zu seiner früheren Blüte gelangt.“

Gegen Schmutz und Schand im Film

Auf Antrag des badischen Ministeriums des Innern hat die Filmüberprüfstelle in Berlin die Zulassung des Films „Frauenschild“ (Regisseurin Ribo-Film Comp. G. m. b. H.) wegen seiner entsetzlichen und verwerflichen Wirkung für das ganze Reich widerrufen.

Badischer Städtebund

Der Ausschuss des Badischen Städtebundes (Verband der mittleren Städte Badens) trat, wie uns geschrieben wird, am 17. d. Mts. unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Gugelmeier, Vörsach, zu einer Sitzung in Offenburg zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende dem Oberbürgermeister und der Stadt Offenburg die Glückwünsche des Städtebundes aus für die Befreiung von der Fremdberrschaft.

Aus der umfangreichen Tagesordnung seien die folgenden Verhandlungsgegenstände erwähnt:

Der vom Justizministerium aufgestellte Gesetzentwurf über die Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wurde durchgesprochen und in einzelnen Punkten beanstandet. Dabei wurde allseitig und wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß grundsätzlich die Übertragung der Durchführung der gesamten Fürsorge an die Bezirksfürsorgeverbände nach wie vor als eine glückliche Lösung der Angelegenheit nicht angesehen werden könne, einmal wegen der damit verbundenen Einschränkung der Selbstverwaltung und ferner im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die sich in der praktischen Durchführung der Fürsorge aus dieser Regelung ergeben. Bei der Besprechung von Polizeifragen wird festgestellt, daß die Städte mit Ortspolizei durch die persönlichen Polizeikommissare in weit höherem Maße belastet sind, wie die Städte mit Staatspolizei. Ein gerechter Ausgleich muß angestrebt werden. Die derzeitige Belastung ist für die mittleren Städte auf die Dauer untragbar. Die vom Ministerium des Innern aufgestellte Musterfeuerordnung für eine Feuer-Abgabe wird als genügend nicht angesehen. Der vorgesehene Steuerfuß ist viel zu gering. Eine wesentliche Erhöhung des Steuerfußes muß verlangt werden. Die Wiedereinführung der Wertschöpfungssteuer soll nachdrücklich weiter betrieben werden. Durch die Nichterhebung dieser Steuer gehen den Städten sehr erhebliche Einnahmen nutzlos verloren. Eine baldige Entscheidung auf die bereits im Frühjahr gestellten Anträge ist dringend erforderlich. Die Vorschläge des Finanzministers über die Grundzüge der Steuerverteilung zwischen Land und Gemeinden werden eingehend erörtert. Vor endgültiger Stellungnahme soll mit dem Badischen Städteverband und dem Badischen Gemeindeverband Fühlung genommen werden, um der Anregung des Finanzministers entsprechend möglichst eine Einigung auf einen gemeinsamen Vorschlag zu erzielen. Die Wertschöpfungssteuer, die zur Zeit erhoben wird, ist, auch im Vergleich zu der in anderen Ländern erhobenen Steuer zu hoch. Das Vorgehen des Waldbesitzerverbandes auf Ermäßigung der Steuer wird in jeder Richtung unterstützt. Zu dem Entwurf einer Verordnung über die Handelschulen werden im allgemeinen Bedenken nicht erhoben. Im einzelnen wird die Abänderung verschiedener Bestimmungen für notwendig erachtet.

Eine Entschliebung der badischen Eisenbahnsekretäre und Vorsteher

Am Sonntag fand im Saale des Gaubierbräu in Freiburg eine aus allen Teilen des Landes überaus stark besuchte Vertretertagung der dem Reichsbund der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher angeschlossenen ehemaligen badischen Eisenbahnsekretäre und Bahnhofsleiter statt. Die Versammlung nahm eingehend Stellung zu dem Urteil, das der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches in den Einkunftsfragen der ehemaligen badischen Landesbahnbeamten am 27. September 1924 in Leipzig fällt.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschliebung an:

„Die am heutigen Tage in Freiburg i. Br. zahlreich versammelten Vertreter des Landesbezirks Baden des Reichsbundes der Eisenbahnsekretäre und Vorsteher haben mit größter Genugung von dem am 27. September d. J. in Leipzig gefällten Urteil des Staatsgerichtshofes Kenntnis genommen. Die Versammlung spricht der badischen Staatsregierung, die in so vorbildlicher, zielbewusster und entschiedener Weise die berechtigten Forderungen ihrer ehemaligen Landesbahnbeamten vertreten hat, den wärmsten Dank aus. Die Vertreter der badischen Eisenbahnsekretäre haben das vollste Vertrauen, und die bisherige Haltung der badischen Staatsregierung gibt ihnen die Gewißheit, daß nunmehr auch im Verhandlungswege auf die zuständigen Reichsministerien eingewirkt wird, damit die entsprechenden Forderungen aus dem Staatsgerichtshofsurteil gezogen und die Einkunfts- und Beförderungsfragen der ehemaligen badischen Eisenbahnbeamten eine befriedigende Lösung finden.“

Eine Erklärung der Firma Gebr. Himmelsbach u. G.

Freiburg, 22. Okt. Die Firma Gebr. Himmelsbach u. G. erucht um Weitergabe folgender Mitteilung: In letzter Zeit wurde von einer gewissen politischen Presse die Mitteilung verbreitet, daß die früheren Reichsanzler Fehrenbach und Dr. Wirth in einer geschäftlichen oder verwandtschaftlichen Verbindung mit der Firma Gebr. Himmelsbach u. G. ständen. Demgegenüber macht die Firma die Feststellung, daß weder Fehrenbach noch Dr. Wirth Aufsichtsrat der Firma Himmelsbach waren, noch verwandtschaftliche Beziehungen zur Familie Himmelsbach oder geschäftliche zur Firma Gebr. Himmelsbach u. G. je gehabt haben. Beide Herren ständen dieser Firma völlig fern und hätten keinerlei Einfluß auf deren Geschäftsführung. Was die übrigen gegen die Firma Gebr. Himmelsbach u. G. erhobenen Vorwürfe betreffe, so sei insofern gegen die Verleumder Klage eingereicht worden.

Kommunale Rundschau

Das Mittelstandsanatorium in Heidelberg

Bedenken gegen den Plan, „Speyerer Hof“ in Heidelberg zum Mittelstandsanatorium umzubauen, hatten dazu geführt, daß der Bürgerausschuß die Vorlage vorläufig von der Tagesordnung absetzte. Auch vom Verkehrsverein her waren Einwendungen laut geworden. Deshalb hatte dessen Vorstand, Raurat Haller und Stadtrat Repple, gebeten, das Projekt in einer Sitzung etwas näher zu erläutern. Von den beiden Vertretern der Stadt wurde betont, daß man auf den Gedanken, Speyerer Hof umzubauen, wegen der vielfachen Ausbesserungsnotwendigkeiten und Mängel gekommen sei. Die Stadt wäre in allerletzter Zeit gezwungen gewesen, dort nicht unbeträchtliche Summen für Ausbesserungen auszugeben. Da nun der Plan, einen völligen Neubau für ein Mittelstandsanatorium zu errichten, wegen der hohen Kosten zurzeit nicht ausführbar erscheine, so sei man dazu gekommen, beides miteinander zu verbinden, so daß man das Sanatorium für 350 000 Mark erbauen und zugleich die Wirtschaft verbessern könne. Es wurde auf das Bestimmteste von Stadtrat Repple betont, daß ein etwaiges Eingehen der Wirtschaft auch später nicht zu denken sei, da ihre Erhaltung vertraglich festgelegt sei. Die Wirtschaft werde voraussichtlich von Schwetters mitgeführt werden. Daß sich das Sanatorium rentieren werde, sei bestimmt anzunehmen, und außerdem bedeute seine Schaffung eine soziale Kat. ersten Ranges, denn das Sanatorium werde voraussichtlich dem Mittelstand Pension und ärztliche Behandlung für täglich 6 bis 7 Mark bieten können. Heute sei es doch so, daß der Mittelstand, soweit er nicht versicherungspflichtig sei, gar nicht an einen Sanatoriumsbesuch denken könne.

In der Aussprache, in der die Bedürfnisfrage nach dem Sanatorium von ärztlicher Seite bejaht wurde, kam ziemlich übereinstimmend die Ansicht zum Ausdruck, daß gegen den ganzen Sanatoriumsplan nach diesen eingehenden Darlegungen, die manches vorher Unbekannte zutage gefördert hätten, größere Bedenken gegen den Plan nicht mehr bestehen könnten. Es wurde noch angeregt, das Wirtschaftsgebäude möglichst auf die gleiche Höhe wie das Sanatorium zu bringen (drei Stockwerke), weil man dadurch für verhältnismäßig wenig Mehrkosten — etwa 25 000 Mark — ungefähr fünfzehn weitere Zimmer für Erholungsbedürftige oder deren Besuch erhalten würde.

Abschluß der Stadt Mannheim. Der Stadtrat Mannheim wird der Bürgerausschussführung am 31. Oktober 1924 unter anderen kleinen Vorlagen auch eine Vorlage über den Abschluß des Hausfalls des Jahres 1923 vorlegen. Danach hat die Stadt Mannheim im Jahre 1923 einen rechnungsmäßigen Überschuß von rund 3 Millionen Goldmark erzielt. Der Bürgerausschuß wird in seiner Sitzung am 31. Oktober über die Verwendung dieses Überschusses Beschluß fassen.

Der Bürgerausschuß in Gernsbach (Wurgtal) beschloß in seiner letzten Sitzung, daß für jedes Wanderbienenvolk, das für die hiesige Bemerkung aufgestellt wird, eine Abgabe an die Stadt je Woll und Monat bezahlt wird, deren Höhe nach Maßgabe der Verhältnisse der Gemeinde festgesetzt. Ferner wurde beschlossen, daß feuerlöschdienstpflichtige Personen, die in der Stadt wohnen und in der freiwilligen Feuerwehr keinen Dienst tun, eine jährliche Abgabe zu entrichten haben, deren Höhe zwischen drei und fünfzig Mark je nach den Verhältnissen sich belauft.

Der Gemeinderat Ettlingen hat beschlossen, den auf 65 000 Mark normierten Betrag zur Förderung der Wohnbautätigkeit auf 80 000 M. zu erhöhen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Verkehrsverein Karlsruhe hatte Dienstag abend seine Mitarbeiter an der Vorbereitung und Durchführung des allmännisch-pfälzisch-fränkischen Weihnachtsfestes an einer Aussprache in den Badischen Handelskassen geladen. Der Vorsitzende des Verkehrsvereins, Stadtrat Steinel, legte den Zweck der Versammlung dar: Aus den Erfahrungen bei dem kürzlich abgelaufenen Weihnachtsfest und Lehren für die kommenden gleichartigen Veranstaltungen zu ziehen und schon jetzt die Vorar-

beiten dazu zu treffen. Verkehrsleiter Kahler gab einen Rückblick über jene glänzend verlaufene Kundgebung der Zusammengehörigkeit der süddeutschen Stämme; er wies dabei aber auch auf die bei diesem Anlaß zutage getretenen unliebsamen Erscheinungen und Fehler hin, für deren Abstellung bei den künftigen Veranstaltungen Sorge zu tragen sei, so bezüglich der Quartierfrage und der Verpflegung. In der Aussprache wurde das besondere Verdienst des Verkehrsleiters an der Veranstaltung betont und allgemein der Wille bezeugt, daß der Heimatsonntag in Karlsruhe zu einer jährlich wiederkehrenden Veranstaltung werden möge, wenn möglich noch auf breiterer Grundlage aufgebaut als der kürzlich stattgehabte.

Der Preis für Kalbfleisch ist mit Wirkung vom 23. Oktober 1924 von der Regierung um 10 Pfennig je Pfund herabgesetzt worden. Es kostet 1 Pfund Kalbfleisch 1. Güte 1,30, 2. Güte 1,20 Mark.

Goldene Hochzeit. Das Fest der Goldenen Hochzeit feiert am 28. Oktober die Eheleute Buchdruckereibesitzer Kiepmannsohn. Der Jubilar ist in weiten Kreisen bekannt als langjähriges Vorstandsmitglied des Kaufmännischen Vereins.

Das Stadttheater Dortmund bringt diesen Winter Hermann Burtes „Simon“ mit der Musik von Franz Philipp, dem jetzigen Direktor des Badischen Konservatoriums, zur Aufführung.

Bad. Landestheater. Zur Befreiung der bei der Vorbereitung zur Erstaufführung von Pigners „Die Rose vom Liebesgarten“ eingetretenen Hindernisse muß die Neueinstudierung von „Gugus und sein Ring“ auf Freitag, den 31. Okt., verschoben werden. Am Samstag, den 25. d. M., wird statt „Gugus und sein Ring“ Kleists „Das Käthchen von Heilbrunn“ oder „Die Feuerprobe“ aufgeführt. Anfang 7 Uhr, (Abonnement A 7; Tchem. III. Sondergruppe.)

Kurze Nachrichten aus Baden

DB. Weinsheim, 20. Okt. Der auf dem neuen Friedhof von der Stadtverwaltung errichtete Selbsterfriedhof wird am Allerseelentag durch eine Totengedenkfeier eingeweiht werden.

DB. Meingemünd, 21. Okt. Hier brannte in der Nacht zum Sonntag das Haus des Küfers und Landwirts Wagner bis auf die Grundmauern nieder; auch die Scheune, in der der Brand durch Selbstentzündung entstanden sein soll, wurde ein Raub der Flammen. Außer einigen Jagdhasen konnte nichts gerettet werden.

DB. Mubau, 21. Okt. Während in manchen Gegenden das Obst Feuer ziemlich rav ist, gibt es hier eine Ummenge Obst, besonders Birnen.

DB. Heilbrunn, 21. Okt. Haus Bachleng feiert dieser Tage sein 70jähriges Bestehen. Als beliebte Studentenwirtschaft ist der „Bachleng“ weit über die Grenzen der Heimat bekannt.

DB. Forstheim, 23. Oktober. Gestern nachmittag fand hier eine Versammlung von Vertretern der Gemeinden im Ragold- und Eng-Tal sowie der an dem Verkehre über die Ragold-Bahn interessierten Körperschaften darunter auch eines Vertreters der Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart statt, in der die Bedeutung der Ragold-Bahn und ihrer großen Verkehrsvermittlungsmöglichkeiten eingehend erörtert wurde. In einer Entschliebung wurde die Schaffung einer zweiten deutschen Nord-Südverkehrslinie als wertvolle Ergänzung der Rheinlinie gefordert, die unter Vermeidung der bisherigen Spitzkehren und verlorenen Winkel auch einem stärkeren Verkehre über die Ragoldbahn gewachsen sein müßte; denn diese Ragoldbahn habe während der Sperrung der Rheinlinie den ganzen Verkehre mit der Schweiz aufrechterhalten müssen und für eine etwaige Wiederkehr ähnlicher Zustände müsse Vorkehrungen getroffen werden. In der Entschliebung werden weiterhin Zugverbesserungen und Zugvermehrungen für den Durchgang sowie für den Nahverkehre gefordert, ebenso mindestens ein Schnellzugpaar mit durchlaufenden Wagen über die Ragold-Bahn. Schließlich wird beantragt, in Forstheim ein Reichsbahnverkehrs- und Betriebsamt einzurichten, das das Netz der früheren Betriebsinspektion Mühlacker und die Strecken bis Gschlitz, Wildbad und Calw umfasse. Für die Weiterbehandlung dieser Fragen wurden zwei Ausschüsse gebildet.

DZ. Ettlingen, 23. Okt. Infolge Defektwerdens der Motorwagen blieben am Dienstag abend auf der Albtalbahn kurz hintereinander zwischen Ettlingen und Karlsruhe zwei Züge auf freier Strecke liegen, was Unregelmäßigkeiten im Fahrplan hervorrief. Die Züge 6.55 Uhr ab Ettlingen und 5.58 und 6.58 Uhr ab Karlsruhe mußten ausfallen.

Feldberg, 21. Okt. Bei herrlichem Wetter fand am letzten Freitag auf dem Feldberg das 20jähriges Jubiläum des Jugend-erholungsheim des Caritasverbandes statt. In einträchtigen Reden durch den leitenden Architekten und anderer Persönlichkeiten wurde auf die große Bedeutung dieses Werks hingewiesen. In etwa 4 Monaten ist unter angelegentlicher Arbeit aller Mitwirkenden ein Heim in seiner äußeren Form fertiggestellt.

DB. Triberg, 22. Oktober. Der „Triberger Bot“ begehrt in diesen Tagen das 20jährige Jubiläum seines Bestehens. Aus diesem Anlaß hat die Schriftleitung eine Jubiläumsschrift herausgegeben, die mit Heimatbildern illustriert ist und eine Reihe heimatsgeschichtlicher und heimatskundlicher Beiträge über die Entstehung der Schwarzwälder Uhrmacherei aus dem Bauernum, über Heimatkunst, über Triberg und Umgebung usw. enthält.

DB. Singen a. S., 21. Okt. Im Arbeitskonflikt in der Metallindustrie des Seckreises wurde seitens des Schlichtungsausschusses ein Schiedsspruch gefällt, nach dem der Epigenlohn der ungelerten Arbeiter ab 13. Oktober 1924 eine Erhöhung um 2 Pfennig pro Stunde erfährt. Die übrigen Löhne erhöhen sich proportional mit einer Abkürzung für die jüngeren Altersklassen. Für die Wintermonate wurde eine Giebertagezulage von 7 Pfennig pro Stunde (bisher 5 Pfennig), für die Sommermonate 9 Pfennig (bisher 10 Pfennig) zugestanden. Der Schiedsspruch, der sich nur auf die Aluminiumwerke bezieht, wurde von den Vertretern der Firma abgelehnt, während die Vertreter der Arbeiterorganisation ihn annahm und seine Verbindlichkeitsklärung beim Landbeschlichter in Karlsruhe beantragte. — Auch die übrige Metallindustrie des Seckreises hat neue Lohnforderungen erhoben, in denen ebenfalls infolge Ablehnung seitens der Arbeitgeber der Schlichtungsausschuß angerufen werden muß.

DB. Meersburg, 22. Oktober. Der Meersburger 1924er darf als ein guter Tropfen bezeichnet werden. Das Mostgewicht betrug für Rotwein durchschnittlich 75, bei Weißwein 60 Grad. Das Sektoliter Rotwein kommt ungefähr auf 80, der Weißwein auf 55 Mark. Das Weingeschäft ist infolge großer Nachfrage und ziemlich Knappheit an Weintrauben sehr lebhafte und widelt sich glatt ab.

DZ. Schwennigen, 23. Okt. Das seit dem 7. April bestehende Lohnabkommen ist von den beteiligten Arbeitnehmer-Organisationen der Rheinindustrie auf den 1. November gekündigt worden.

Handel und Wirtschaft Berliner Börsennotierungen

	23. Okt.		22. Okt.	
	Geld	Beleg	Geld	Beleg
Amsterdam 100 G.	165.09	165.91	165.49	166.31
Bayenl. 100 M.	72.47	72.83	72.12	72.48
Italien 100 L.	18.24	18.34	18.24	18.34
London 1 Pfd.	18.88	18.97	18.89	18.98
Paris 100 Fr.	4.19	4.21	4.19	4.21
Schwiz 100 Fr.	21.97	22.09	21.96	22.05
Wien 100 Kr.	80.60	81.00	80.70	81.10
Prag 100 Kr.	5.91	5.95	5.91	5.95
Bratislava 100 Kr.	12.50	12.56	12.51	12.57

Sinken des Großhandelsindex. Die auf den 21. Oktober berechnete Großhandelsindex zeigt gegenüber dem Stande vom 14. Oktober (132,2) einen weiteren Rückgang um 0,8 vom Hundert auf 131,1. Gefunken sind vor allem die Preise für Holzgetreide, Karloffeln und Zucker, sowie Baumwolle, Baumwollgarne und Gewebe. Höher lagen die Preise namentlich von Fleisch, Fetten, sowie von Metallen.

Karlsruher Börse (21. Oktober). Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Trotz der erhöhten Forderungen an den ausländischen Märkten bewegt sich das Geschäft im kleinsten Rahmen. Weizen neue Ernte handelsüblich 25 bis 25,50, Roggen neue Ernte gesund handelsüblich 24 bis 24,50, Sommergerste gesund handelsüblich 26,75 bis 28, Hafer neue Ernte 19,50 bis 21 (ausgesprochen minderwertige Ware entsprechend billiger), Mais mit Sad 21,25 bis 21,50, Weizenmehl Mühlenforderung 38 bis 38,50, Roggenmehl 37 bis 37,50 (Mehl aus schwachen Säcken wesentlich billiger), Weizen- und Roggenfuttermehl 16,50 bis 16,75, Weizen- und Roggenkleie 12,50 bis 13,50 (Spezialfabrikate entsprechend teurer), Biertrichter 20,50 bis 21, Malzkeime 17,50 bis 18 Goldmark. **Kaufmittelmittel:** Rotes Viehschmalz, gut, gesund, trocken 8 bis 8,50, Luzerne 10 bis 10,25, Weizen-Roggenstroh, Brauergroß 5 bis 5,50 Goldmark. Alles per 100 Kilo. **Mehl, Mühlenfabrikate und Mais mit, Getreide ohne Sad, Fruchtbarkeit Karlsruhe.** Abteilung Weine und Spirituosen: **Weine:** Die Stimmung ist ruhig und abwartend. Die Preise für alte Weine konnten sich halten. Dagegen ist für neue Weine, insbesondere in der Pfalz, ein Rückgang eingetreten. **Spirituosen:** In der gestrigen Veratsung der Branntweinmonopolverwaltung sind die Verkaufspreise für Trinkbranntwein nicht geändert worden. Dagegen wurde mit Wirkung von heute an für Trinkbranntwein Spirituosen verfügt. Diese Vorgänge in Verbindung mit dem kürzlich eingetretenen Wegfall der Zulassungsgenehmigungen sind geeignet, Beunruhigung im Spirituosenhandel hervorzurufen und dementsprechend war die Tendenz abwartend. **Abteilung Kolonialwaren:** Kaffee und Tee im Preise unverändert, Rangoonreis 0,44, Graupen 0,43, gelbe gespaltene Erbsen 0,44, ungar. Perlbohnen 0,43, Binsen mittel 0,80, Schweinefett 2,20, Salatöl 1,40, Kristallzucker 0,72 Goldmark (alles per Kilo).

Von der Gewerkschaft „Glück auf“ Schwarzwald. Gegenüber Meldungen, daß die Gewerkschaft „Glück auf“ Schwarzwald sich aufgelöst hat, teilt uns die Gewerkschaft mit: Die Gewerkschaft „Glück auf“ Schwarzwald hatte ihren Hauptsitz in Röll a. Rh. und hält denselben auch weiterhin in Röll a. Rh. sowie in Freiburg i. B. aufrecht. Die Gewerkschaft hatte ein Zweigbüro in Badenweiler eintragen lassen. Da aber die Geschäftsführung der Gewerkschaft bereits seit Anfang dieses Jahres nach Freiburg i. B., Günterstalstr. 32,

verlegt wurde, hat die Verwaltung die Auflösung der dadurch überflüssig gewordenen Zweigniederlassung Badenweiler angeordnet. Der Bergbau zu Badenweiler-Schringen wird weitergeführt. Die Aufschlüsse in dem neu angelegten Barbara-Stollen zu Schringen bei Badenweiler haben bereits neue Erzlagerräume mit guten Beständen an Meierzen ergeben. Der Bergwerksbetrieb, der stets fortgeführt wurde, soll daher in diesem Herbst wieder in vollem Umfang aufgenommen werden. Außer dem Meierzen, welche bis jetzt an rheinische und sächsische Hütten geliefert wurden, hat der Bartha-Stollen, welcher in Schringen gewonnen wird, als Isoliermaterial für chemische Fabriken erfolgreiche Einfuhrungen gefunden. Die Gewerkschaft beabsichtigt im nächsten Jahre die unterirdische Verbindung zwischen dem Karl-Stollen in Badenweiler und dem Werke in Schringen fertigzustellen, so daß der Fuhrwerksverkehr durch den Kurort Badenweiler nach Fertigstellung dieses Tunnels sich auf das Äußerste beschränken läßt. Die Wiesenthaler Bergbau-Aktiengesellschaft, Sitz Freiburg i. B., hat sich neuerdings bei dem Badenweiler-Schringener Bergwerk beteiligt, nachdem sie ihre eigenen Anlagen bei Wiesenthal und Hohenfeld in modernster Weise mit einer neuen Aufbereitungsanlage und einer über 4 Kilometer langen Drahtseilbahn sowie einer eigenen Verladestation in Hohenfeld ausgestattet hat. Die Zusammenarbeit der beiden Unternehmen betrifft auch eine Erweiterung des Betriebes in Badenweiler-Schringen.

Verschiedenes

Dr. Götener in Newyork

6000 Zuschauer im größten Newyorker Kino, dem Capitoltheater, hörten am Dienstagabend lebend das Lied „Deutschland über alles“ spielen. Als Götener und die Juppeloffiziere als geladene Gäste bei starker Scheinwerferbeleuchtung die Logen betreten, bereitete ihnen das überfüllte Haus eine riesige Ovation. Nach einer Begrüßungsansprache durch die Direktion spielte die Kapelle das Deutschlandlied, gefolgt von der amerikanischen Nationalhymne. Beide Musikstücke hörte das Publikum stehend mit an und viele sangen den Text des Deutschlandliedes mit. Götener erbot sich vom Publikum die Erlaubnis, deutsch zu sprechen, was ihm unter großem Beifall gewährt wurde. Götener sagte, das Erlebnis habe ihn davon überzeugt, daß die alten Mißverständnisse zwischen Amerika und Deutschland jetzt wirklich endgültig der Vergangenheit angehören. Die hierauf auf der Leinwand gezeigten Szenen aus dem Ozeanflug und der Landung in Latepurit entzückten immer neue Beifallsstürme.

Die Gründung der Goodyear-Jepelin-Company ist nunmehr vollzogen worden. Die deutsche Werk erhält 30 Prozent Beteiligung an der Gesellschaft.

Zum Vizepräsidenten der Goodyear-Jepelin-Company wurde der deutsche Kapitän Lehmann ernannt. Ferner wurden für die Gesellschaft Chefingenieur Franke und elf Konstruktionszeichner aus Friedrichshafen verpflichtet, die in vierzehn Tagen nach Newyork abreisen werden. Nach ihrer Ankunft wird der Bau eines doppelten so großen Juppelins, wie J. N. 3 für den Ozeanverkehr in Angriff genommen.

Götener reist am 15. November mit dem Dampfer Columbus nach Deutschland ab. Wenn die Werk in Friedrichshafen wirklich hergestellt werden sollte, kommt Götener wieder nach Amerika und übernimmt die Leitung der Goodyear-Jepelin-Company.

Ein Bestechungsfall in Köln

Köln a. Rh., 23. Okt. Die Kriminalpolizei hat sechs Personen, darunter drei hiesige Beamte, unter der Beschuldigung des Bestechens, Vergehens gegen das Tabaksteuergesetz und Beamtenbestechung festgenommen. Die Höhe des zum Schaden des Fiskus unterschlagenen Betrages ist noch unbekannt.

Die Rückreise der „Schenabach“ über den amerikanischen Kontinent

San Diego, 20. Okt. Das amerikanische Luftschiff „Schenabach“ beginnt heute morgen seine Rückreise nach Latepurit.

Bücheranzeigen

Herrn Anders Krüger: Verjagtes Volk. Eine Thüringer Waldtragödie. (136 Seiten 8°; kart. 4 Goldmark. In Ganzleinen 5 Goldmark. Georg Westermann, Braunschweig.) — Der weitläufige Verfasser des „Gottfried Kämpfer“ und „Kaspar Krumbholz“ schildert in dieser um die Mitte des vorigen Jahrhunderts spielenden Erzählung den zähen Kampf thüringischer Waldbauern um ihre Heimat. Die Gestalten wie Krüger sie schildert, sind von einer wunderbaren Plastik und von lebenswarmer Lebendigkeit. Hier fühlt man die Seite, daß ein Dichter diese Tragödie aus mitfühlendem Herzen, aus dem Erlebnis heraus gestaltet hat. Wir können das Buch bestens empfehlen.

Margarete Böhm: Frau Bedfords Tränen. Roman. Verlag Dr. Gieseler u. Co. W.G. in Berlin SW 68. — Ein seltsames, bunt schillerndes Buch, das sich fast bis zum Ende wie ein spannender Kriminalroman liest, bis erst am Schluss das Kapitel „Die Wahrheit“ mit der überraschenden Erklärung der rätselhaften Vorgänge um Frau Bedfords Tränen eine unerwartete Lösung bringt. Der unbefangene Leser wird sich nach der Lektüre die Frage vorlegen: Versteht der Inhalt dieses Romans auf eine phantastisch ausgeklügelte Idee der Verfasserin, oder liegen dem eigenartigen Buche Zufälle oder doch Möglichkeiten zugrunde? Die letzte Frage wird jeder Verdenker und jeder Kenner der weiblichen Psyche und ihrer Krankheiten ohne weiteres bejahen.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat November noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Letzte Nachrichten

Polnisch-russische Mißverständnisse

Warschau, 23. Oktober. Wie polnische Beamte amtlich mitgeteilt wird, ist am 19. Oktober abends in Moskau ein Beamter der Konularatsleitung der polnischen Gesandtschaft namens Stanislaus Katrowski von Unbekannten angefallen und gefoltert worden. Es ist binnen zwei Tagen der fünfte Fall eines tätlichen Angriffs auf Mitglieder oder Beamte der polnischen Vertretungsbehörden innerhalb der Sowjetunion. Das polnische Außenministerium hat in dieser Angelegenheit eine Note an die Sowjetregierung in Moskau gerichtet, in der gegen die systematische Verletzung der Rechte der polnischen Vertretungsbehörden vertrieben Gewalttaten Verwahrung eingelegt, genaueste Untersuchung der ganzen Angelegenheit und Bestrafung der Schuldigen gefordert wird.

Japanische Einmischung in Nordchina?

London, 23. Okt. Reuter berichtet aus Shanghai: Nach Berichten aus Mukden wird der Befehl gegeben, die japanische Besatzung in der Mandchurie, die in Liaoning stattfindet, große Bedeutung beigemessen. Augenzeugen berichten, daß ein japanisches Regiment mit Artillerie aus Port Arthur in Tschifia, 90 englische Meilen südlich Mukden, eingetroffen sei. Die Beziehungen zwischen der chinesischen Zentralregierung und den japanischen Behörden im nördlichen Kampfgebiet seien offensichtlich gespannt.

INDUSTRIE-AUSSTELLUNG

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends Eintritt 30 Pfg. Ausstellungs-Katalog 30 Pfg.

mit Beiträgen von Geh. Oberbaurat Prof. Dr. Ing. Rehbock / Prof. Dr. Teichmüller / Prof. Dr. Freudenberg

Prof. Dr. Ing. Gaber / Prof. Dr. Ing. Probst / Prof. Dr. Hausrath / Ingenieur Fränk

D.665

Wirtschaftsbetrieb

Künstlerkonzert

Abends Radiokonzert

Badisches Landestheater

Montag, den 27. Oktober 1924, abends 7 1/2 Uhr

Musikalische Abendfeier

des Rheinischen Streichquartetts

Schumann Weismann Gliere
Quartett F-dur Phantastischer Reigen Quartett G-moll
Mark 3.—, 2.—, 1.—

Badisches Landestheater.

Freitag, 24. Oktober. 7 1/2—10 Uhr. Sp. I M. 4.80.

Außer Abonn. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4901—5000, 6001—6200, 6401—6500.

Gleichzeitig Volksbühne Nr. 2.

Weh dem, der lügt.

Melanchthonheim für Schülerheime

G. D.

Am Montag, den 3. November d. J., nachmittags 5 Uhr beginnend, findet im Gebäude des Evang. Oberkirchenrats zu Karlsruhe, Blumenstraße 1, die

ordentliche Mitgliederversammlung

statt, zu der wir hiemit herzlich einladen. D.674

Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Genehmigung der Jahresrechnung, Übernahme des Friedrichstifts zu Heidelberg, Neuwahlen.

Druckmaschinen für die Reichstagswahl

Stichblätter, Plakate usw.

fertigt in kürzester Frist

G. Braun

vormalig G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag

G. m. b. H.

Karlsruherstraße 14 Karlsruhe Telefon Nr. 952, 953, 954

Paßbilder

für Reise und Bahnfahrten

schnell und billig

Photographisches Atelier

Rausch & Pester

Erbsprinzenstr. 3 D 495

Bürgerl. Rechtspflege

a. streitige Gerichtsbarkeit.

1928. Baden. Der auf

Absterben der Postkassierin

Eugen Julius Dietrich Ehe-

frau, Anna Maria geb.

Köhler von Baden am

23. Juli 1920 erteilte Erbschein

wird für kraftlos

erklärt.

Baden, 22. Oktober 1924.

Notariat I

als Nachlassgericht.

1927. Baden. Der auf

Absterben des Karl Geiler,

Kenner von Baden-Baden,

am 18. Dezember 1920 er-

teilte Erbschein wird für

kraftlos erklärt.

Baden, 22. Oktober 1924.

Notariat I

als Nachlassgericht.

Verf. Bekanntmachungen

Befehung des Kreisbezirks

Stetten a. L. M.

Der Kreisbezirk Stetten

a. L. M. ist frei geworden.

Er umfaßt die Gemeinden

Engelswies, Gutenstein,

Hartheim, Hausen i. L.,

Heinfelden, Langenhart,

Leibertingen, Kreenheint-

stetten, Reidingen, Ruppin-

gen, Oberglashütte, Schwenn-

ingen, Stetten a. L. M.

und Unterglashütte. Ge-

suche wollen unter Beach-

tung der §§ 6 und 7 der

Kammingerordnung binnen

4 Wochen nach Erscheinen

dieser Bekanntmachung ein-

gereicht werden. 1948

Rehrich, 17. Okt. 1924.

Badisches Bezirksamt.

Papierholzverkauf

Das Badische Forstamt

Zobmoos verkauft freihän-

dig rund 1900 Ster Papier-

holz aller Klassen in vier

Losen. Angebote in Pro-

zenten der bad. Goldmark-

grundpreise vom Dezember

1923 wollen bis längstens

Freitag, den 31. Oktober 1924,

nachmittags 5 Uhr, beim

Forstamt eingereicht werden.

Losverzeichnisse kostenlos

durch das Forstamt. 1949